

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbrsit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **ML. 1,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
An die organisierten Arbeiter Deutschlands	120	Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	144
Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Geschäftsbereich des Central-Arbeitersekretariats	120	Kartelle, Sekretariate Arbeitersekretär für Magdeburg gesucht	144
Wirtschaftliche Rundschau	142	Mitteilungen. Statistik der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate 1904. — Monatsquittung der Generalkommission. — Ausstellung für Bureaubedarf der Gewerkschaften	144

An die organisierten Arbeiter Deutschlands!

Nachdem der Streik der Bergleute im Ruhrkohlenrevier durch die Beschlüsse der Revierkonferenzen vom 9. und 12. Februar und durch die darauf folgende allgemeine Arbeitsaufnahme seitens der Ausständigen sein Ende erreicht hat, ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Einverständnis mit dem Vorstand des deutschen Bergarbeiter-Verbandes die organisierte Arbeiterschaft, von weiteren Geldsammlungen für die Bergarbeiter im Ruhrrevier abzusehen. Obwohl der deutsche Bergarbeiter-Verband noch mehrere Tausend gemahregelte Mitglieder bis auf weiteres zu unterstützen hat, so glaubte er doch, von einer weiteren Inanspruchnahme der Unterstützungen der Arbeiterschaft Abstand nehmen zu können. Er richtet indes an alle Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle und Sammelstellen das dringende Ersuchen, die bereits gesammelten Beträge, sowie die auf ausstehenden Listen noch eingehenden Gelder baldmöglichst an den Kassierer des Verbandes, **Paul Horn, Bochum, Biemelhauser Str. 38/40,** einzufenden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. Januar bis 31. Dezember 1904.

Allgemeines.

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird das verfloßene Jahr 1904 dauernd ein Erinnerungsjahr bleiben. Was wir bei Veröffentlichung der Statistik über den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1903 als Vermutung aussprachen, wird durch die vorliegenden Abrechnungen der Zentralverbände als richtig bestätigt. Am Schluß des zweiten Quartals 1904 hatten die Zentralverbände die erste Million Mitglieder erreicht, und wird auch die Jahresdurchschnittsziffer der Mitglieder mehr als eine Million betragen. Im dritten Quartal 1904 war in 32 Verbänden, deren Abrechnungen vorlagen, gegenüber dem vierten Quartal 1903 eine Zunahme an Mitgliedern von rund 100 000 zu verzeichnen. Es ist mit ziem-

licher Sicherheit darauf zu rechnen, daß die absolute Zunahme an Mitgliedern im Jahre 1904 nicht hinter der des Jahres 1903 zurückbleiben wird.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zeigten in dem letzten Jahrzehnt eine Aufwärtsbewegung, die auch von den größten Optimisten nicht erwartet wurde. Daß der innere Ausbau und die finanzielle Stärkung der Verbände mit der äußeren Ausdehnung Schritt gehalten hat, haben wir des öfteren dargelegt. Trotzdem hat es im verfloßenen Jahre nicht an Neußerungen gefehlt, nach denen die Gewerkschaften dem vereinigten Unternehmertum gegenüber nichts zu erreichen vermöchten, wie die Niederlagen zeigen, welche die Arbeiterschaft in großen langandauernden Kämpfen erlitten haben, so bei den Aussperrungen

Bauarbeiterklub im Großherzogtum Baden 1904. Herausgegeben von der Bauarbeiterklubkommission zu Mannheim. Verlag von R. Horter, Mannheim.

Bau-, Erd- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Berlin. Geschäftsbericht über die Bewegung 1904 und Jahresabrechnung der Zahlstelle Berlin. Verlag von Karl Heidemann, Berlin, Engelauer 15.

Buchbinder, Zahlstelle Berlin. Jahresbericht der Ortsverwaltung und Vertrauenspersonen für 1904.

Glasarbeiter. Die Lage der Glasarbeiter im Lichte des Siemens-Prozesses. Von Gustav Niem. Selbstverlag des Verbandes der Glasarbeiter (E. Girbig). Preis 30 Pf.

Holzarbeiter, Zahlstelle Berlin. Bericht für das Jahr 1904. Verlag des deutschen Holzarb.-Verb., Berlin. Verwaltungsstelle Hamburg. Bericht über die Tätigkeit für das Jahr 1904. Verlag von A. Neumann, Hamburg.

Maurer, Verwaltung Berlin. Denkschrift an die Herren Arbeitgebervertreter in der Ahtzehnerkommission für das Maurergewerbe.

Seelente. Mitgliedschaft Flensburg. Jahresbericht für 1904. Verlag von Fr. Waad, Flensburg.

Steinseher. Tarifverträge im Steinsehergewerbe. Herausgegeben vom Vorstandsvorstand. H. Anoll. Berlin 1905.

Wäschereiarbeiter. Protokoll des ersten Verbandstages in Berlin (1904). Zu beziehen vom Vorstandsvorstand.

Zimmerer, Zahlstelle Berlin. Geschäftsbericht und Jahresabrechnung 1904. (Verlag von Wilh. Witt.) — Bremen: Die bremische Zimmererbewegung 1868—1904. (H. Steffen, Bremen.) — Hamburg u. Umgegend: Bericht über das 2. Geschäftsjahr 1904. (H. Lehmann, Hamburg).

Bringmann. Geschichte der deutschen Zimmererbewegung. Zweiter Band. Herausgegeben im Auftrage des Centralverbandes der Zimmerleute und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. (Verlag von F. G. W. Diez Nachflg., Stuttgart.)

Nordamerika. International Seamens Union of America. Proceedings of the Ninth Annual Convention. San Francisco 1904.

Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

Luckenwalde. Bericht des Arbeitersekretariats für 1904 nebst Bericht des Gewerkschaftskartells für 1904.

Partei-Publikationen.

Arons. Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie. Agitationsausgabe. 20 Pf. Verlag der Soz. Monatshefte, Berlin.

Königsberg. Der Geheimbund des Zaren. Herausgegeben von Kurt Eisner. Berlin 1905. Buchhandlung Vorwärts.

Marg. Theorien über den Mehrwert. Herausgegeben von Karl Kautsky. Preis 6.— M. gebunden. Stuttgart 1905. F. G. W. Diez Nachflg.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens (Berlin 1904). Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts. Preis 30 Pf.

Mühle, Arbeit und Erziehung. Eine pädagogische Studie. Preis 50 Pf. Verlag von G. Vort & Co., München.

Silberstein, Das Schullind. (Arb.-Gesundh.-Bibl., S. 6). Berlin 1905. Buchhandlung Vorwärts.

Publikationen sonstiger Organisationen.

Arbeitsstatistik der deutschen Gewerksvereine (S. D.) für das Jahr 1903. Berlin 1904. Selbstverlag des Verbandes der deutschen Gewerksvereine.

Leitfäden für die Behandlung der Arbeiterfrage. Herausgegeben von dem Generalsekretariat des Verbandes katholischer Arbeitervereine. (S. D. Berlin). Verlag „Der Arbeiter“, Berlin.

Pothoff, Die Organisation des Privatbeamtenstandes. Herausgegeben vom deutschen Bremmeister-Bund. Berlin 1903.

Denkschrift über die Congofrage. Der Hamburgischen Handelskammer überreicht von Ludw. Deuß.

Deutscher Samariter-Bund. Fünfter Bericht für 1903/04. **Dürer-Blatt.** Herausgegeben vom Dürer-Bund. Naturschläge zur Schillerfeier.

Societa Umanitaria. Casa di Lavoro Terza Relazione. Mailand 1905.

Ämtliche Publikationen.

Bayern. Vierter Jahresbericht des Museums für Arbeiter-Bohlsfahrts-Einrichtungen in München.

Berlin. Lohnermittlungen und Haushaltrechnungen der minderbemittelten Bevölkerung im Jahre 1903. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. Verlag von P. Staniewicz, Berlin 1904.

Californien. Echter Bericht des Bureau of Labor Statistics 1904.

Deutsches Reich. Die Krankenversicherung im Jahre 1902. Bearbeitet im kais. Statistischen Amt. Verlag von Puttkamer & Mühlbrecht, Berlin 1904. — Protokolle über die Verhandlungen des Beirats für Arbeiterstatistik vom 13. Dezember 1904. Verhandlungen Nr. 7. Berlin 1905. Carl Heymanns Verlag.

— Statistik der Ursachen der Erwerbsunfähigkeit nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz für die Jahre 1896 bis 1899. Bearbeitet im Reichsversicherungsamt. Verlag von H. W. Meyer u. Co. Berlin 1904.

Italien. Bulletino dell'Ufficio del Lavoro. No. 1. Januar 1905.

Neusüdwales. The Industrial Arbitration, Reports and Records 1904. Nr. 5.

Vereinigte Staaten. Ahtzehnter Jahresbericht des Commissioner of Labor 1903. Lebenshaltungskosten und Kleinhandelspreise der Lebensmittel. Washington 1904.

Sozialpolitische Literatur.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. (Neue Folge des Archiv für soz. Gesetzgeb. u. Statistik.) XX. Band, 2. Heft. (Enthält u. a. „Die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“ von Prager-München und „Das Reichsgericht wider die Tarifverträge“ von W. v. Schulz-Berlin.)

Dr. Fröblich. Alkohol als Krankheitsursache. Volksschriften für Gesundheitswesen und Sozialpolitik. Nr. 3. Preis 15 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand. Wien.

Gerig. Christliche Gewerkschaft oder katholische Fachabteilung? Breslau, Verlag von G. P. Adlerholz.

Jmle. Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland. Jena, Verlag von Gustav Fischer. 1905.

Raumann. Die politischen Aufgaben im Industrie-Zeitalter. Nach einem Straßburger Vortrage. Verlag von Schlesier und Schweinhardt, Stralburg i. C. 1905.

Roller. Der soziale Generalstreik. Berlin 1905. Verlag von Gustav Gladaß.

Dr. Schröder. Mecklenburgische „höhere“ Schulen. Ein Umkehrbild aus dem dunkelsten Deutschland. Verlag von E. Mannesche, Gelsenkirchen 1905.

Sozialer Fortschritt. Hefte und Flugschriften für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Nr. 22: Die deutschen Herbergen. Von H. Ostwald. 15 Pf. — Nr. 30: Arbeiterinnen-Organisation und Frauenbewegung. Von Else Lüders. 15 Pf. Verlag von Felix Dietrich, Leipzig 1904.

Volkswirtschaften. Herausgegeben von Prof. V. Böhmert. Heft 28. Wie wirtschaftet man gut und billig bei einem jährlichen Einkommen von 800—1000 M.? — Heft 29. Wie wirtschaftet man bei einem jährlichen Einkommen von 1400—2000 M.? Preis 20 Pf. Verlag von V. B. Böhmert. Dresden 1904.

Genossenschaftliche Publikationen.

Hamburg. Vorwärts Produktiv-Genossenschaft der Bäckereiarbeiter. Bericht für das 10. Geschäftsjahr.

der Textilarbeiter in Crimmitschau und der Metallarbeiter in Berlin.

Diese Anschauung ist ebenso unrichtig, als es die vor einem Jahrzehnt weitverbreitete war, nach welcher die Gewerkschaften in Deutschland nie zu einer nennenswerten Bedeutung kommen sollten. Je umfangreicher die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer werden, je größer infolgedessen die Zahl der Arbeiter wird, die an den einzelnen Kämpfen beteiligt ist, um so geringer wird die Aussicht, einen unmittelbaren Erfolg für die Arbeiter bei einem Streik zu erzielen. Es wird, wenn die Kräfte der Kämpfenden gleichwertig sind, immer mehr zu Vereinbarungen kommen, und absolute Siege des einen oder anderen Teiles werden immer seltener werden. Für eine solche Vereinbarung ist aber bei dem Unternehmertum genügendes Verständnis und die Absicht erforderlich, die Gewerkschaft als Vertreterin der Arbeiter anzuerkennen. Beides muß den Unternehmern, besonders denen in der Metall- und Textilindustrie, erst anezogen werden. Dies geschieht am allerwenigsten dadurch, daß man in einem Kampfe die Kräfte der Gewerkschaft völlig erschöpft, sondern es wird am zweckmäßigsten durch eine Reihe wiederholter Kämpfe erreicht. Wir sind durchaus geneigt, in dem rechtzeitigen Abbrechen eines Kampfes nicht eine Schwäche einer Gewerkschaft zu sehen, und halten die Niederlagen der Textilarbeiter in Crimmitschau und der Metallarbeiter in Berlin absolut nicht für ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht hätten.

Es ist nun vielfach die Behauptung aufgestellt worden, daß die Generalkommission einen weitgehenden Einfluß bezüglich der Beendigung des Kampfes in Crimmitschau ausgeübt habe. Dies trifft nicht zu. Die Generalkommission hat in diesem Kampfe die Haltung bewahrt, die ihr durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse vorgezeichnet worden ist. Sie hat zwar zu der Zeit, als in Crimmitschau die polizeilichen Unterdrückungsmahregeln den Höhepunkt erreichten, einen Vertreter dorthin entsandt, der die Verhältnisse an Ort und Stelle prüfen sollte, und der dann auch, wie es die Sachlage gebot, mit dem Bürgermeister von Crimmitschau über die Aufhebung dieser polizeilichen, das Koalitions- und Versammlungsrecht aufhebenden Bestimmungen unterhandelte. Die Entsendung eines Vertreters der Kommission in den Tagen, in welchen über die Beendigung des Kampfes in Crimmitschau Beschluß gefaßt wurde, erfolgte nicht, um die Ausgesperrten für den Schluß des Kampfes geneigt zu machen, sondern auf Wunsch des Vorstandes des Textilarbeiterverbandes, zu dem Zweck, mit Rat der Streikleitung zur Seite zu stehen, falls sich bei Beendigung des Kampfes unerwartete Situationen ergeben sollten. Ueber diese Beendigung selbst war bereits in einer auf Veranlassung des Parteivorstandes einberufenen Konferenz am 6. Januar verhandelt. In dieser Konferenz gaben die Vertreter des Vorstandes des Textilarbeiterverbandes und die Vertreter der Ausgesperrten die Erklärung ab, daß die Situation in Crimmitschau sich so gestaltet habe, daß die Beendigung des Kampfes unvermeidlich sei. Einer Beeinflussung der Leitung der Ausgesperrten bedurfte es sonach nicht.

Dagegen hat die Generalkommission bei dem Streit der Bergarbeiter im Ruhrrevier unmittelbar eingegriffen. Sie hat, abweichend von der Haltung bei anderen größeren Kämpfen, einen Aufruf zur Unterstützung der Streikenden erlassen, nachdem sie hierzu die

Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände eingeholt hatte. Die Kommission hielt es auch für zweckmäßig, zwei ihrer Mitglieder in das Streikgebiet zu entsenden, als es der Streikleitung notwendig erschien, den Streit zu beendigen.

Nach dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses sollte im Frühjahr 1903 ein Allgemeiner Heimarbeiterschutzbundkongress von der Generalkommission einberufen werden. Die Zeit erschien der Kommission sehr ungünstig, weil sich damals das gesamte öffentliche Interesse auf die Verhandlungen über den Zolltarif im Reichstage konzentrierte. Dem Vorschlage der Kommission, den Heimarbeiterschutzbundkongress bis zum Jahre 1904 zu vertagen, stimmte der Gewerkschaftsausschuß zu, und wurde der Kongress für den 7. bis 9. März 1904 nach Berlin berufen. Die Einladungen ergingen nicht nur an die Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände, sondern an alle Kreise, welche die Schäden der Heimarbeit zu beseitigen bestrebt sind. Nur die Organisationen bürgerlicher Sozialpolitiker folgten der Einladung, während die Christlichen Gewerkschaften sich völlig fernhielten und von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nur der Rheinisch-Westfälische Ausbreitungsverband eine Delegierte entsandte. Unter den weiteren 187 Delegierten und Delegiertinnen des Kongresses befanden sich 20, die nicht unmittelbar in der modernen Arbeiterbewegung stehen. Als Gäste nahmen u. a. an dem Kongress teil die Gewerbeinspektoren und Gewerbeinspektions-Assistentinnen des Berliner Bezirkes. Das Reichsamt des Innern entschuldigte sein Fernbleiben damit, daß es nicht in der Lage sei, einen Vertreter zum Kongress zu entsenden.

Auf Anregung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes wurde zur Zeit des Kongresses eine Ausstellung von Erzeugnissen der Heimindustrie veranstaltet. Die Anregung kam jedoch erst wenige Wochen vor dem Kongress, so daß die Vorbereitungen in kürzester Frist getroffen werden mußten, und die Ausstellung nicht in allen Teilen den Wünschen der Veranstalter entsprechend ausgestaltet werden konnte. Trotzdem war ihre Wirkung eine vorzügliche, so daß der Wunsch auf dem Kongress laut wurde, diese Ausstellung dauernd zu erhalten. Diesem Wunsche konnte aus verschiedenen Gründen nicht Folge gegeben werden.

Ende des Jahres 1904 traten jedoch die Delegierten aus der Gruppe der Sozialreformer, die an dem Heimarbeiterschutzbundkongress teilgenommen hatten, mit dem Ersuchen an die Generalkommission heran, die Gewerkschaften zu veranlassen, ihre Hilfe zur Errichtung einer Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit zu gewähren. Die Kommission wandte sich an die Vorstände der Zentralverbände und fand hier Zustimmung zu dem Vorschlage. Alle Organisationen, die mit der Heimarbeit zu rechnen haben, erklärten sich bereit, an dem Unternehmen mitzuarbeiten. In verschiedenen Sitzungen wurden die Bestimmungen für die Durchführung des Projektes getroffen und wurde schließlich ein Kuratorium aus Gewerkschaftsvertretern und Angehörigen der sozialreformatorisch tätigen bürgerlichen Gruppe eingesetzt, dem die weitere Arbeit für das Unternehmen übertragen ist.

Die Kommission zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber ist nunmehr gebildet worden. Die Generalkommission hat die ersten Vorberatungen in der Sache geleitet und hat die genannte Kommission nunmehr die Tätigkeit auf dem vorgezeichneten Gebiete selbständig aufgenommen.

Die Frage der Errichtung von Unterrichtskursen für die Arbeiter hat die Generalkommission wiederholt beschäftigt, ohne daß die Beratungen ein positives Resultat zeitigten. Bei näherer Beschäftigung mit der Angelegenheit zeigten sich Schwierigkeiten der verschiedensten Art. Dem Projekte des Genossen Nühle in Harburg konnte die Kommission nicht zustimmen. Sie wies auf die Fehler hin, welche das vorgeschlagene Unterrichtssystem habe. Wenn auch ein Teil dieser Fehler in einem zweiten Projekte beseitigt waren, so konnte die Kommission doch nicht dem Wunsche nachkommen, die Leitung der geplanten Unterrichtsorganisation zu übernehmen, weil sie der Meinung ist, daß die von den Arbeitern in der Sache zu machenden Aufwendungen nicht dem zu erwartenden Nutzen entsprechen würden. Auch für die von dem Genossen Sassenbach vorgeschlagene Organisation von Unterrichtskursen für Gewerkschaftsbeamte vermochte die Kommission nicht vollinhaltlich zuzustimmen. Sie erwartet, daß nach Veröffentlichung des letzteren Projektes ein reger Meinungsaustausch in Gewerkschaftskreisen kommen und daß dieser dazu führen wird, eine Grundlage zu schaffen, auf welcher die Idee zur Ausführung gelangen kann.

Im verflossenen Jahre haben sich angeschlossen an die Generalkommission die Verbände der Asphaltreure, der Portefeuller und der Wäschearbeiter.

Agitation.

Der Generalkommission fällt nach dem von allen Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschluß u. a. die Aufgabe zu, „die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern.“

Vom Jahre 1893 ab ist die Generalkommission bestrebt gewesen, diesen Auftrag zur Ausführung zu bringen und von Jahr zu Jahr sind die Agitationseinrichtungen in den Bezirken mit schwacher Organisation ausgebaut und erweitert worden. Es wurden Agitationskommissionen eingesetzt und zur Leitung der Agitation nach und nach besoldete Beamte angestellt oder es wurden als Stützpunkte für die Agitation Arbeitersekretariate geschaffen.

Im verflossenen Jahre wurde neu errichtet das Arbeitersekretariat für das Saarrevier und ferner wurde ein Beamter zur Leitung der Agitation in den Provinzen Ost- und Westpreußen angestellt.

Es sind zurzeit tätig: 1. Die Agitationskommission für Ost- und Westpreußen mit einem besoldeten Beamten, der seinen Wohnsitz in Elbing hat. 2. Die Agitationskommission für die Provinz Posen mit einem besoldeten Beamten in Bromberg. An diesem Orte wird auch ein Arbeitersekretariat erhalten. Die Kosten dafür werden zum Teil aus Beiträgen der Gewerkschaften Brombergs gedeckt. 3. Die Agitationskommission für Oberschlesien mit einem besoldeten Beamten in Kattowitz. Der Beamte steht zugleich dem Arbeitersekretariat vor, das an dem gleichen Orte ist und dessen gesamte Unkosten von der Generalkommission gedeckt werden. 4. Die Agitationskommission für das Saargebiet mit einem besoldeten Beamten in St. Johann-Saarbrücken. Hier ist gleichfalls ein Arbeitersekretariat errichtet, dessen Erhaltungskosten von der Generalkommission in Gemeinschaft mit den Verbänden der Bergarbeiter, Glasarbeiter und Porzellanarbeiter getragen werden. 5. Das Arbeitersekretariat für das Sauerland unter Leitung der Kreisgewerkschaftskommission. Der Sekretär ist vollbesoldet und werden die Kosten für das Sekretariat aus Zuschüssen der Generalkom-

mission, des Verbandes der Metallarbeiter und aus Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirkes gedeckt. Das Sekretariat, das bisher in Herlohn war, ist am 1. März 1905 nach Lüdenscheid verlegt. Der Sekretär hält in allen größeren Orten des Bezirkes regelmäßige Sprechstunden ab. 6. Die Agitationskommission für Elsaß-Lothringen mit dem Sitz in Straßburg i. E. Diese Kommission hat keinen besoldeten Beamten. Die Generalkommission stellt der Agitationskommission ausreichende Mittel zur Deckung der Unkosten der Agitation zur Verfügung. Einen kleinen Zuschuß zur Deckung der Unkosten für gemeinsame Agitationseinrichtungen gewährte die Generalkommission außerdem noch für Rheinland-Westfalen, wo die Gauleiter des Bezirkes in regelmäßigen Zusammenkünften, die von einer engeren Kommission berufen werden, die Agitation einheitlich zu gestalten suchen.

Die Schwierigkeiten, welche diese Agitationskommissionen bei ihrer Tätigkeit zu überwinden haben, sind in allen Bezirken ziemlich die gleichen. Mangel an Versammlungslokalen, Eingriffe der Behörden und in Bezirken mit einer Bevölkerung, die verschiedene Sprachen spricht, wie in Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Lothringen, die Ueberwindung der Abneigung gegen die von deutscher Seite geschaffenen wirtschaftlichen Kampforganisationen, einer Abneigung, die durch die geniale Germanisierungspolitik unserer Staatslenker ständig neue Nahrung erhält. Dazu kommen in den Gegenden mit geistig wenig fortgeschrittener Bevölkerung die kulturhemmenden Einflüsse des Merkantilismus. Hier, wo dieser die Macht besitzt, handelt er in trautem Einverständnis mit dem Unternehmertum und den Behörden, ohne von der besonders im Reichstage zur Schau getragenen Toleranz im geringsten angekränkt zu sein. Für jeden der Bezirke, in denen in dem letzten Jahrzehnt die Agitation für die Gewerkschaften betrieben worden ist, ließe sich eine Geschichte schreiben über Intoleranz und rücksichtslose Verfolgung der nach einem menschlichen Dasein ringenden Arbeiterschaft, eine Geschichte, die zugleich die kulturelle Rückständigkeit der Faktoren dartun würde, die sich der modernen Arbeiterbewegung entgegenstellen, vermeinend, sie unterdrücken oder doch wenigstens hemmen zu können. Daß dieses Bemühen vergeblich ist, wird dadurch bewiesen, daß zwar langsam und mühevoll, aber doch ständig Boden für unsere Organisationen gewonnen ist. Wir haben in den verschiedensten Berichten Einzelheiten aus diesem Kampfe geschildert. Im verflossenen Jahre hat es gleichfalls nicht an widerrechtlichen Eingriffen gefehlt, doch ist es, dank dem zähen Festhalten an dem Rechte seitens der Vertreter der Arbeiterschaft, in den meisten Agitationsbezirken dahin gekommen, daß die Behörden sich offensivlicher Rechtsverletzungen enthalten, wenn sie auch noch nicht soweit erzogen sind, organisierte Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Auch diese Anerkennung, des sind wir sicher, wird durch das fortgesetzte Erziehungswerk der organisierten Arbeiterschaft herbeigeführt werden.

Die Generalkommission hielt ständige Fühlung mit den Agitationskommissionen, die regelmäßig Abrechnungen und Berichte einzusenden haben. Wo erforderlich, wurde durch Entsendung von Vertretern der Generalkommission direkte Verbindung mit den agitatorisch tätigen Kreisen in den einzelnen Bezirken herbeigeführt.

Die Errichtung von Arbeitersekretariaten wird von den organisierten Arbeitern einzelner Orte als das sicherste Mittel angesehen, die gewerkschaftliche Agitation zu fördern. So wurden vielfach aus Orten,

für welche alle Voraussetzungen für die Erhaltung eines Sekretariats fehlten, Gesuche an die Generalkommission gerichtet, zur Errichtung oder zur Erhaltung eines Arbeitersekretariats Zuschüsse zu gewähren. Die Kommission hat sich nur in vereinzelten Fällen dafür entscheiden können, den Anforderungen nachzugeben. Die Beobachtungen über die Wirkung der Arbeitersekretariate haben ergeben, daß in den Orten, in welchen nicht ohne Anspannung der finanziellen Leistungsfähigkeit die Erhaltung eines Sekretariats möglich ist, die agitatorische Wirksamkeit eines solchen nur sehr minimal bleibt. Wenn aber die Kräfte der Gewerkschaftsmitglieder bis zum äußersten angespannt werden, um ein Sekretariat zu erhalten, so hört die Förderung der Agitation durch dieses völlig auf und das Gegenteil von dem wird erzielt, was man von der Errichtung des Sekretariats erhoffte. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend hat die Generalkommission nur dann Zuschüsse für Sekretariate gewährt, wenn mit Sicherheit darauf zu rechnen war, daß die gewerkschaftlichen Organisationen des betreffenden Ortes in absehbarer Zeit so gestärkt würden, daß sie die Einrichtung aus eigenen Kräften zu erhalten vermögen.

Ebenso konnten nicht alle Wünsche auf Gewährung von Mitteln zur Beschaffung von **V e r s a m m l u n g s l o k a l e n** erfüllt werden. Die Generalkommission ist nach jahrelanger Erfahrung zu dem Beschluß gekommen, Mittel zum Kauf eines Versammlungslokales oder zum Bau eines solchen nicht zu gewähren. Sie hat sich indes stets bereit erklärt, Zuschüsse zu gewähren, um einen Lokalbesitzer zu unterstützen, der sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellen will, aber wirtschaftliche Schädigungen durch die Gegner der Arbeiterbewegung fürchtet. Führt auch dieser Weg nicht dazu, der Arbeiterschaft einen Versammlungsraum freizustellen, so ist ausnahmsweise auch die Gewährung von Mitteln erfolgt, um kleinere Räume für Zusammenkünfte und Versammlungen zu mieten. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, konnte nur in wenigen Fällen eine Gewährung von Mitteln zur Beschaffung oder Erhaltung von Versammlungslokalen erfolgen, weil die meisten Anforderungen darauf hinausgingen, größere Summen zum Kauf oder zum Bau eines Lokales zur Verfügung zu stellen.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen glaubte die Generalkommission dadurch zu fördern, daß sie einem Frauen-Agitationskomitee, das sich in Berlin aus Frauen, die seit vielen Jahren in der gewerkschaftlichen Agitation tätig sind, einen kleinen, nicht benutzten Raum in den Büroräumen der Generalkommission zur Verfügung stellte. Zweck des Agitationskomitees ist, die Zuschriften nach Referentinnen an eine Stelle gelangen und nicht wie bisher von einer Referentin zur anderen wandern zu lassen, sowie an einer Stelle die Agitationsmaterialien zu sammeln, die heute in den Händen der einzelnen Referentinnen befindlich, der Agitation nicht ausreichend dienstbar gemacht werden können.

Des weiteren hat sich die Generalkommission auch stets bereit erklärt, Zuschüsse zu Agitationstouren zu gewähren, die in einzelnen Bezirken zur Gewinnung der Arbeiterinnen für die Gewerkschaften veranstaltet worden sind. Eine allgemeine Agitation unter den Arbeiterinnen in ganz Deutschland ist nur einmal, im Jahre 1894, veranstaltet worden. Die seit jener Zeit zu verzeichnende Ausdehnung der Gewerkschaften macht die Arrangierung einer solchen Tour von einer Centralstelle aus äußerst schwierig und dürfte der Erfolg den aufzuwendenden Mitteln nicht entsprechen.

Es ist zweckmäßiger, Agitationstouren für die einzelnen Bezirke zu veranstalten, weil dadurch den lokalen Verhältnissen mehr Rechnung getragen werden kann. Wenn es erforderlich war, hat die Generalkommission Beihilfe zu solchen Veranstaltungen gewährt.

Die im Jahre 1903 veranstaltete Agitation unter den italienischen Arbeitern in der Provinz Udine in Oberitalien, aus welcher die meisten Arbeiter alljährlich nach Deutschland wandern, ist im letzten Jahre wiederholt worden. Im Vorjahre wurden die Kosten der Agitation zum größten Teil von den Gewerkschaften Italiens getragen, während in diesem Jahre die Agitationskosten von den Verbänden der Bauarbeiter, Maurer und Steinarbeiter und der Generalkommission getragen werden. Es hat sich gezeigt, daß die Agitation in dem Auswanderungsgebiet in den Monaten Dezember und Januar wirksamer ist, als die Agitation in den Sommermonaten unter den in Deutschland arbeitenden Italienern. Der Erfolg der Agitation ist von den Organisationen der Unternehmer des Baugewerbes auf dem Verbandstage rüchhaltlos anerkannt worden, was zur Genüge die Zweckmäßigkeit des Verfahrens erweist, die italienischen Auswanderer in ihren Heimatsorten aufzusuchen.

Statistik.

Die sehr umfangreiche Arbeit, einen Vergleich zwischen den Ergebnissen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistik zu machen, ist auch im verflossenen Jahre der Generalkommission nicht erspart worden und wird ihr auch im Jahre 1905 nicht erspart werden. Die Kommission hat zwar den Versuch gemacht, das Reichsamt des Innern zu veranlassen, die amtliche Statistik so zu gestalten, daß den Gewerkschaften eine Beteiligung an den Erhebungen möglich ist. Auf eine Anfrage an das Reichsamt des Innern, was aus der Eingabe geworden, wurde im August 1904 geantwortet, daß die Erwägungen in der Sache noch nicht abgeschlossen seien.

Die Mangelhaftigkeit der amtlichen Streikstatistik ist mittlerweile aufs neue erwiesen. In der Statistik für 1903 fehlen 887 Streiks mit 8120 Beteiligten, über die von den Gewerkschaften genaue Ausweise gegeben werden. In den letzten 3 Jahren (1901—1903) sind 1017 Streiks mit 20 251 Beteiligten festgestellt, die in der amtlichen Statistik nicht enthalten sind. Diese Unzulänglichkeit der amtlichen Statistik wird so lange fortbestehen, als den Gewerkschaften eine Anteilnahme an den Erhebungen durch den Charakter der amtlichen Feststellungen unmöglich gemacht wird.

Für 1904 sind zum erstenmale Erhebungen über die ohne Streiks verlaufenen Lohnbewegungen gemacht worden. Das Ergebnis dieser Statistik wird voraussichtlich bis zum Gewerkschaftskongreß veröffentlicht werden können.

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände (Oktober 1904) hat beschlossen, die Streikstatistik dahin zu erweitern, daß der Erfolg des einzelnen Streiks, der in bezug auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung eingetreten ist, festgestellt wird, desgleichen die bei verloren gegangenen Abwehrstreiks eingetretene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Durch diese Feststellungen, in Verbindung mit der Statistik über die Lohnbewegungen dürften wir zu einer Uebersicht über die alljährlich eintretenden Veränderungen der Dauer der Arbeitszeit und der Höhe der Löhne kommen, wie sie in England amtlicherseits in Verbindung mit den Gewerkschaften seit einem Jahrzehnt alljährlich gegeben wird. In England kam die Anregung von der amtlichen Stelle, in Deutschland wird die amtliche Stelle vielleicht nach einem

Zahrzehnt den Gewerkschaften mit solchen Erhebungen folgen, wie es bezüglich der Streikstatistik geschehen ist.

Den Beamten der Zweigvereine der Centralverbände kann nicht oft genug in Erinnerung gebracht werden, daß sie bemüht sein müssen, den Centralvorständen rechtzeitig das Material für diese Statistiken zu übermitteln und ihre Feststellungen so zu machen, daß sie einwandfrei sind und Rückfragen entbehrlich werden. Nur dann, wenn die Beamten der Zweigvereine gewissenhaft und eifrig ihre Arbeit erledigen, ist es möglich, eine brauchbare Statistik zu erhalten.

Die Statistiken über die Stärke der Gewerkschaften, die Gewerkschaftskartelle und die Arbeitersekretariate sind in bisheriger Weise fortgeführt. Die erstere Statistik soll für das Jahr 1904 und später auch auf die Ausgaben der Zweigvereine ausgedehnt werden und richten wir an die Zweigvereinsleiter das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß den Centralvorständen die nötigen Angaben gemacht werden.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von den auf Veranlassung oder durch die Generalkommission berufenen Zusammenkünften ist an erster Stelle der Heimarbeiterschutz-Kongreß zu nennen, der vom 7. bis 9. März in Berlin stattfand. Näheres über diesen Kongreß ist in dem ersten Abschnitt des Berichtes mitgeteilt.

Zur Erörterung von Organisationsfragen berief ferner die Generalkommission die zweite Konferenz von Vertretern der Vorstände der Centralverbände. Die Konferenz wurde am 24. bis 26. Oktober in Berlin abgehalten.

Die Errichtung des Arbeitersekretariats für das Saarrevier machte es erforderlich, die in diesem Bezirk vorhandenen Vertrauensleute zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um das Tätigkeitsgebiet für das Sekretariat zu bestimmen und einen Plan für die systematisch zu betreibende Agitation auszuarbeiten. Diese Konferenz für das Saarrevier fand am 26. Juni in St. Ingbert statt.

Für Elsaß-Lothringen wurde eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern zum 9. Oktober nach Straßburg i. E. berufen. Die Konferenz hatte den Rechenschaftsbericht der Agitationskommission entgegenzunehmen und über die weiter zu betreibende Agitation zu beraten.

Dem gleichen Zwecke diente eine Konferenz für Oberschlesien, die am 9. Oktober in Kattowitz abgehalten wurde. Es ist zwar nicht vorgesehen, alljährlich Konferenzen in den einzelnen Agitationsbezirken stattfinden zu lassen, doch war die Einberufung dieser Konferenz auch aus dem Grunde erforderlich, um die fortgesetzten Klagen über die unzureichende Tätigkeit des Arbeitersekretariats für Oberschlesien nachprüfen zu können. Es gelang, auf der Konferenz die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

Sodann wurde von der Generalkommission eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern für Ost- und Westpreußen zum 16. Oktober nach Elbing berufen. Von einer Konferenz für diese Provinzen war bisher mit Rücksicht auf die verhältnismäßig hohen Kosten, die eine solche Zusammenkunft verursacht, abgesehen worden. Es machte sich aber, nachdem in Aussicht genommen war, daß für beide Provinzen an Stelle der bis dahin tätigen zwei Agitationskommissionen nur eine treten sollte, an deren Spitze ein besoldeter Beamter berufen war, die Zusammenberufung von Vertretern der Orte, in welchen gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind, unvermeidlich.

Es mußte eine Verständigung über den Sitz der neuwählenden Kommission, sowie über das Gebiet ihrer Tätigkeit herbeigeführt werden. Die Beratungen auf der Konferenz haben dazu geführt, daß sonst zu befürchtende Differenzen sich in der Agitation nicht hindernd bemerkbar machen werden.

Ueber diese Konferenzen sind seinerzeit Berichte veröffentlicht worden. Die Generalkommission war jedoch genötigt, zur Erledigung schwebender Fragen noch anderweitige Zusammenkünfte von Organisationsvertretern zu veranstalten, oder an von anderer Seite berufenen Konferenzen teilzunehmen. So wurde im Dezember eine Konferenz der Gauleiter von Rheinland-Westfalen in Elberfeld abgehalten, um über den an die Generalkommission gerichteten Antrag, für dieses Gebiet einen besoldeten Agitationsleiter anzustellen, zu beraten. Der Antrag hat seine Erledigung noch nicht gefunden. Zu gleicher Zeit fanden in Solingen Sitzungen der Centralkommission der Solinger Gewerkschaften und der Vorstände der lokalen Vereine des Solinger Bezirks statt. Hier wurde die Frage erörtert, unter welchen Bedingungen diese lokalen Vereine sich an die Generalkommission anschließen könnten. Diesen Verhandlungen wohnte auch ein Vertreter des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes bei. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen ist ein Anschluß dieser lokalen Vereine an die Generalkommission nicht möglich und konnte deshalb durch die Beratung auch nicht eine Erledigung der Angelegenheit herbeigeführt werden. Voraussichtlich wird die Frage den nächsten Gewerkschaftskongreß noch beschäftigen.

Ferner fand eine Anzahl Beratungen von Vertretern einzelner Centralverbände statt zur Erledigung von „Grenzstreitigkeiten“. Gelingt es auch nicht immer, die vorhandenen Differenzen vollständig zu beseitigen, so wurde doch in allen Fällen eine Verständigung erzielt, weil die Beteiligten bemüht waren, ein freundschaftliches Verhältnis unter den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen zu erhalten.

Das verflossene Jahr brachte eine bedeutende Zahl von Tagungen der Centralverbände. Auch zwei Kongresse, zu denen Vertreter der neben den Centralverbänden bestehenden Organisationen eingeladen waren, wurden einberufen, und zwar für die Transportarbeiter und die Maschinisten. Diese Kongresse sind in der nachstehenden Aufstellung mitberzeichnet.

Im Jahre 1904 wurden 27 Generalversammlungen, Verbandstage und Kongresse abgehalten, und zwar von folgenden Organisationen:

Bergarbeiter, 22. Mai in Stadthagen.
Blumenarbeiter, 22. Mai in Dresden.
Brauereiarbeiter, 8. Juni in Frankfurt a. M.
Buchbinder, 3. Juli in Dresden.
Civilmusiker, 13. September in Hannover.
Fabrikarbeiter, 7. August in Hamburg.
Fleischer, 3. April in Hamburg.
Gastwirtsgehilfen, 12. April in Erfurt.
Graveure, 19. Juni in Köln a. Rh.
Hafenarbeiter, 15. Februar in Hamburg.
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, 4. April in Berlin.
Handlungsgehilfen, 22. Mai in Magdeburg.
Holzarbeiter, 8. Mai in Leipzig.
Hutmacher, 6. Juni in Dresden.
Konditoren, 22. Mai in Dresden.
Kürschner, 4. April in Dresden.
Lithographen, 17. Juli in Dresden.
Maschinisten, 2. April in Halle a. S.
Müller, 2. April in Berlin.
Schneider, 1. August in Dresden.
Schuhmacher, 6. Juni in Berlin.
Steinarbeiter, 18. April in Erfurt.
Steinsetzer, 21. Februar in Braunschweig.
Textilarbeiter,

auf ein halbes bzw. Vierteljahr erstrecken. Rechnet man außerdem mit der weiteren Anstellung eines Sekretärs für das Zentralarbeitersekretariat, was kaum noch zu umgehen sein dürfte, so wird die Gesamtausgabe im laufenden Jahre, ausschließlich der Kosten, welche event. durch Beschaffung von Versammlungslökalen entstehen, mindestens die Höhe von 112 000 Mk. erreichen.

Jahresabrechnung 1904.

Einnahme:

a) Generalkommission:		
Position 1.	Kassenbestand vom Jahre 1903	62 961,66 Mk.
" 2.	Beiträge der Gewerkschaften	139 849,54
" 3.	Schriftenverlag:	
a)	Anleitungen zum Vereinsrecht	156,22
b)	Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftskartelle	98,90
c)	Arbeiterinnen im Klassenkampf	3,20
d)	Baugewerbliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung	0,60
e)	Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Erwerbstätigkeit	2,10
f)	Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter	29,80
g)	Mißstände im Baugewerbe	5,60
h)	Protokoll II. Gewerkschaftskongreß	1,—
i)	" III. "	1,40
k)	" IV. "	159,55
l)	Heimarbeiterchutz-Kongreß	2 501,46
m)	Portobücher	16,70
n)	Streif der Hafenarbeiter	1,10
o)	Vertreter in der Arbeiterversicherung	35,20
p)	Italienische Broschüren	456,25
		<u>3 469,08</u>
" 4.	Zinsen 1904	1 083,20
" 5.	Diverse Einnahmen	408,09
		<u>144 809,91 "</u>
b) „Correspondenzblatt“:		
Position 1.	Gewerkschaftskartelle und Gauvorstände	1 215,91
" 2.	Postabonnement	824,67
" 3.	Einzelverkauf	118,43
" 4.	Diverse Einnahmen	15,30
		<u>2 174,31 "</u>
c) „L'Operaio Italiano“:		
Position 1.	Beiträge der beteiligten Gewerkschaften	3 905,80
" 2.	Postabonnement	16,42
" 3.	Einzelabonnement	109,39
		<u>4 031,61 "</u>
d) „Oswiata“:		
Position 1.	Beiträge der beteiligten Gewerkschaften	3 666,99
" 2.	Abonnement	33,32
		<u>3 700,31 "</u>
		<u>Summa 217 677,80 Mk.</u>

Ausgabe:

a) Generalkommission:		
Position 1.	Agitation:	
a)	Agitationskommission für Westpreußen und Provinz Posen	3 119,—
b)	Agitationskommission für Ost- u. Westpreußen	3 300,—
c)	" " Rheinl. u. Westfalen	272,81
d)	" " Oberschlesien	1 332,94
e)	" " Elsaß-Lothringen	1 870,85
f)	" " das Saargebiet	600,—
g)	Arbeitersekretariat in Iserlohn	2 794,38
h)	" " Kattowiz	3 711,—
i)	" " St. Johann-Saarbrücken	3 100,—
k)	Wahlen der Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden	793,39
l)	Mietzuschüsse	1 000,—
m)	Allgemeine Agitation	3 210,83
		<u>25 105,20</u>
	Transport	25 105,20

2. April in Hannover-Linden. Portefeuille, 4. April, in Offenbach a. M. Wäschearbeiter 4. April in Berlin. Photographen, 24. Juli in Frankfurt a. M.

Zu 22 von diesen Generalversammlungen und Kongressen wurden Vertreter der Generalkommission entsandt. Auf den Generalversammlungen der Verbände der Holzarbeiter, Schneider und Steinsetzer waren die Vertreter der Generalkommission gleichzeitig Delegierte ihrer Berufsorganisation. Nicht vertreten war die Kommission auf den Generalversammlungen der Verbände der Graveure, Hutmacher, Konditoren, Kürschner und Müller. Von den Hutmachern und Konditoren war eine Aufforderung, einen Vertreter der Generalkommission zu entsenden, nicht ergangen. Die für die Generalversammlungen der Kürschner und Müller ernannten Vertreter der Kommission erkrankten kurz vor dem Beginn der Versammlung und ließ sich ein Ersatz wegen anderweitiger Inanspruchnahme der Mitglieder der Kommission nicht mehr schaffen. Die Vertretung auf dem Verbandstage der Graveure unterblieb, weil dem Bunde des Verbandes, ein bestimmtes Mitglied der Generalkommission zu delegieren, nicht Rechnung getragen werden konnte.

Der Einladung, einen Vertreter zu dem Kongress der Gewerkschaften Ungarns zu entsenden, konnte die Generalkommission nicht Folge leisten. Im allgemeinen ist die internationale Verbindung der Gewerkschaften durch die regelmäßig stattfindenden Konferenzen der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landescentralen gewährleistet, so daß nur in Ausnahmefällen die Entsendung eines Vertreters zu den Landeskongressen der Gewerkschaften erforderlich ist. Eine solche Ausnahme glaubte die Kommission bezüglich der Vertretung auf dem Kongress der Gewerkschaften Italiens machen zu müssen. Die gewerkschaftliche Landescentrale ersuchte um die Delegation, weil einerseits eine engere Verbindung zwischen den Gewerkschaften Deutschlands und denen Italiens mit Rücksicht auf die Wanderung der italienischen Arbeiter platzgreifen müsse und weil ferner in den Gewerkschaften Italiens der Streit um lokale Organisationen und Centralverbände vorhanden ist, den die Gewerkschaften in Deutschland glücklich überwunden haben. Diese Gründe veranlaßten die Generalkommission, dem Ersuchen Folge zu geben und einen Vertreter zu dem Kongress der Gewerkschaften Italiens zu entsenden.

Bei dem „Correspondenzblatt“, dem „L'Operaio Italiano“ und der „Oswiata“ sind im letzten Jahre erhebliche Aenderungen nicht eingetreten. Die Auflage des „Correspondenzblattes“ erhöhte sich von 14 500 Exemplaren im Jahre 1903 auf 15 800 im Jahre 1904.

Das Protokoll des Heimarbeiterschutz-Kongresses wurde in 15 000 Exemplaren hergestellt, die noch nicht vollständig abgesetzt sind.

Von einer Broschüre in italienischer Sprache, enthaltend die Rede über die Auswanderung der italienischen Arbeiter und das Verhalten der italienischen Konsuln in Deutschland bei Streiks, die Genosse Cabrini im italienischen Parlament gehalten hat, wurden 3000 Exemplare zum Absatz an die Gewerkschaften, die mit der Einwanderung der italienischen Arbeiter zu rechnen haben, von der Generalkommission gekauft.

Von dem „Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903“ übernahm die Generalkommission 2000 Exemplare zum Vertrieb unter den

Gewerkschaftsmitgliedern in Deutschland. Von der Broschüre „Anleitung zur Benutzung des Vereinsrechtes“ ist die fünfte Auflage in 3000 Exemplaren angefertigt.

Von der Generalkommission wurde im letzten Jahre ein Regulativ für die Gewerkschaftskartelle ausgearbeitet und den Kartellen in entsprechender Anzahl zur Verfügung gestellt. Das Regulativ sollte den Kartellen Anweisung geben, wie die Kartell-Organisation eingerichtet werden muß, um nicht als Verein im Sinne der Vereinsgesetze zu gelten. Die Bestimmungen wurden nach den Grundsätzen aufgestellt, die nach den Entscheidungen des Kammergerichts zurzeit Geltung haben. Ein in Rottbus von der Behörde unternommener Versuch, das nach dem Regulativ eingerichtete Kartell als „Verein“ zu behandeln, hatte keinen Erfolg. Auf eingelegte Beschwerden erkannte die Polizeibehörde in Rottbus an, daß das Kartell kein Verein sei.

Der Gewerkschaftsausschuß hielt im verflossenen Jahre 5, die Generalkommission 49 Sitzungen ab. Berlin, 1. März 1905.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
C. Legien, Vorsitzender.

Kassenbericht.

Ein Vergleich der Abrechnung des Jahres 1904 mit der des Jahres vorher zeigt, daß Einnahme und Ausgabe nicht unbedeutend gestiegen ist. Die Reineinnahme beträgt im letzten Jahre 154 716,14 Mk., ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 61 226,66 Mk. Diese Mehreinnahme ergibt sich in erster Linie aus der vom letzten Gewerkschaftskongress beschlossenen Erhöhung der Beiträge, die im Berichtsjahre zum erstenmal voll zur Geltung kommt. Auch die in fast allen Verbänden vor sich gegangene Steigerung der Mitgliederzahl trägt wesentlich zu dem günstigen Resultat bei. Außerdem haben einige Organisationen, die mit ihren Beiträgen für längere Zeit im Rückstande waren, im verflossenen Jahre nachgezahlt. Das Zusammentreffen dieser Umstände hat es verursacht, daß im letzten Jahre die Einnahme an Beiträgen ziemlich hoch ausgefallen ist.

Die Ausgabe beträgt 94 182,58 Mk., sie übersteigt die des Jahres vorher um 7794,98 Mk. Doch sind die Druckkosten des „Correspondenzblattes“ nur für drei Quartale in der Abrechnung enthalten. Die Kostenrechnung für das vierte Quartal in Höhe von 7008,18 Mk. ging erst ein, nachdem die Bücher bereits abgeschlossen waren, so daß dieser Betrag nicht mehr zur Verrechnung kommen konnte. In Wirklichkeit stellt sich also die Gesamtausgabe um rund 7000 Mk. höher, als in der Abrechnung angegeben ist. Die einzelnen Ausgabenposten sind fast durchweg fortlaufende. Entstanden ist die höhere Ausgabe durch Einsetzung mehrerer Agitationskommissionen mit besoldeten Vertrauensmännern. Die Agitationskommission für die Provinz Posen und den südlichen Teil der Provinz Westpreußen mit dem Sitz in Bromberg wurde zu Beginn des Jahres 1904 eingesetzt. Dem folgte die Errichtung des Arbeitersekretariats in St. Johann, dem gleichfalls eine Agitationskommission angegliedert ist, am 1. Juli des verflossenen Jahres. Mit dem 1. Oktober begann die Agitationskommission für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, mit dem Sitz in Elbing, ihre Tätigkeit. Die Ausgaben für die beiden letzten Institute zusammen dürften sich im laufenden Jahre noch um zirka 6000 Mark erhöhen, weil die Aufwendungen, welche im vergangenen Jahre dafür gemacht wurden, sich nur

Position 2.	Generalversammlungen und Konferenzen:	Transport	25 105,20	
	a) Delegationen zu Generalversammlungen	1 723,30		
	b) Konferenz der Zentralvorstände	2 554,55		
	c) Heimarbeiterschutz-Kongress	543,90		
				4 821,75
"	3. Verlag:			
	a) Druck und Papier	3 326,25		
	b) Honorar	375,—		
	c) Expedition	179,26		
				3 880,51
"	4. Bücher und Zeitschriften:			
	a) Bücher	554,40		
	b) Einbände	206,70		
	c) Zeitschriften	29,03		
				790,13
"	5. Druckfachen			2 765,50
"	6. Prozeßkosten			33,50
"	7. Verwaltungskosten:			
	täglich:			
	a) Miete, Licht, Heizung, Telephon	1 588,39		
	b) Reinigung	564,50		
	c) Bureauutensilien und Schreibmaterialien	1 046,25		
	d) Porto des Vorsitzenden und Kassierers	697,22		
				3 896,36
	persönliche:			
	a) Gehälter	7 700,—		
	b) Aushilfe	110,—		
	c) Sitzungsentuschädigung	350,50		
	d) Revisionsentschädigung	23,—		
	e) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	108,—		
				8291,50
"	8. Mobiliar			146,—
"	9. Beitrag an den internationalen Sekretär			443,85
"	10. Diverse Ausgaben			318,74
				50 493,04 Mrk.
b)	„Correspondenzblatt“:			
	Position 1. Redaktion:			
	a) Gehalt	2 650,—		
	b) Honorar an Mitarbeiter	2 390,64		
	c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
	d) Bücher und Zeitschriften	346,17		
	e) Porto	14,87		
				5 487,68
"	2. Druck und Papier			13 544,10
"	3. Expedition			4 668,08
				23 649,86 "
c)	„L'Operaio Italiano“:			
	Position 1. Redaktion:			
	a) Gehalt	2 400,—		
	b) Honorar an Mitarbeiter	225,—		
	c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
	d) Bücher und Zeitungen	71,02		
				2 732,02
"	2. Druck und Papier			2 140,35
"	3. Expedition			376,37
"	4. Diverse Ausgaben			99,68
				5 348,42 "
d)	„Oswiata“:			
	Position 1. Redaktion:			
	a) Gehalt	2 200,—		
	b) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft	36,—		
	c) Bücher und Zeitungen	154,42		
	d) Miete, Licht, Heizung, Bureauutensilien	208,22		
				2 598,64
"	2. Druck und Papier			3 066,80
"	3. Expedition			359,93
				6 025,37 "

e) Centralarbeitssekretariat:

Position 1. Verwaltungskosten:

sächliche:

a) Bureauutensilien und Schreibmaterialien . . .	148,35
b) Bücher und Zeitschriften	130,60
c) Porto	571,74

850,69

persönliche:

a) Gehälter	6 700,—
b) Aushilfe	944,—
c) Beitrag zur Unterstützungsgenossenschaft . . .	72,—

7 716,—

„ 2. Diverse Ausgaben 100,20

Bestand am Schluß des Jahres 1904 123 494,22 „

Summa 217 677,80 Mf.

Für die Richtigkeit: Hermann Kube, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren der Generalkommission:

G. Sabath. Joh. Sassenbach.

Die Revisoren des Ausschusses:

Paula Thiede. R. Pexold. G. Eifler.

Jahresbericht des Central-Arbeitssekretariats für das Jahr 1904.

Wie wohl zu erwarten, hat die Tätigkeit des Sekretariats im verflossenen Jahre nicht unbedeutend an Umfang zugenommen. Es gingen im Berichtsjahre 968 Streitsachen ein gegen 633 im Vorjahre, mithin war eine Zunahme von 335 zu verzeichnen. Mit den 121 nichterledigten Streitsachen aus dem Jahre 1903 waren in Summa 1089 Sachen zu bearbeiten, davon sind 879 durch Entscheidung des Reichsversicherungsamtes erledigt, unerledigt blieben 210, darunter 8 Sachen aus dem Jahre 1903. Entsprechend dieser Zunahme ist auch die Correspondenz gestiegen. Sie verzeichnet insgesamt 3739 Eingänge gegen 1640 im Vorjahre. Unter den Eingängen befanden sich 3484 Briefe, 230 Postkarten, 3 Postanweisungen, 22 Pakete, 10 Drucksachen. Die Ausgänge erreichten die Ziffer von 4993 gegen 1830 im Vorjahre, darunter 3938 Briefe, 133 Karten, 12 Postanweisungen, 4 Pakete, 890 Drucksachen.

Eine bedeutende Zunahme erfuhr die Correspondenz durch vielfache von Gewerkschaftsmitgliedern, Kartellen und Sekretariaten ausgehende schriftliche Anfragen betreffend Materteilung über Streitigkeiten auf allen Gebieten der Versicherungsgesetzgebung und des Gewerberechts. Diese Anfragen machten allein 453 schriftliche Antworten, die 773 einzelne Piecen umfaßten, notwendig. Nicht selten handelte es sich um sehr komplizierte Rechtsfragen, die sehr eingehende Studien erforderten, zu umfangreichen, schriftlichen Darlegungen nötigten, und so nicht unerheblichen Zeitaufwand beanspruchten.

Ueber den Umfang der schriftlichen Arbeiten, soweit sie mit dem Reichsversicherungsamt und in einigen Fällen auch mit Schiedsgerichten zu bewältigen waren, ergibt folgende Tabelle einen Ueberblick.

Durch Beweisaufnahme, Einfordern von Gutachten sind oft zwei auch drei Termine in einer Sache erforderlich gewesen. Bei sehr wichtigen Ansprüchen sind auch bei Zeugenvernehmungen Termine vor den Amtsgerichten wahrgenommen, sowie in Schiedsgerichtsverfahren der Anspruch mündlich vertreten. Daraus erklärt sich, daß die Zahl der Termine die erledigten Sachen weit übersteigt.

Angefertigte Schriftsätze:

Monat	Zahl der Schriftsätze in 2 Exempl.	Gesamtseitenzahl	Zahl der Anträge in 1 Exempl.	Seitenzahl
Januar	15	63	10	15
Februar	14	45	20	23
März	16	86	29	30
April	19	86	31	34
Mai	18	71	16	20
Juni	17	94	16	20
Juli	15	47	20	20
August	8	30	18	59
September	15	81	15	15
Oktober	21	83	21	21
November	20	95	22	26
Dezember	24	104	23	23
Summa	202	886	241	306

Die folgende Tabelle gibt einen Ueberblick über die Zahl der wahrgenommenen Termine und die Steigerung gegen 1903:

Anzahl der wahrgenommenen Termine.

Monat	Zahl der Terminstage	Anzahl der Termine 1904	Anzahl der Termine 1903
Januar	20	76	22
Februar	22	92	32
März	25	100	43
April	18	79	57
Mai	23	99	63
Juni	21	80	55
Juli	16	54	23
August	10	20	7
September	19	70	62
Oktober	23	90	88
November	23	123	90
Dezember	20	100	66
Summa	240	992	608

Ansprüche auf Unfall- oder Hinterbliebenenrente verteilen sich auf die Berufsgenossenschaften wie folgt:

Berufs- genossenschaften	Die Berufsgenossenschaften hatten Rente eingelegt:					Die Verletzten resp. Hinterbliebenen hatten Rente eingelegt:				
	Zahl	mit Erfolg	ohne Erfolg	teilweisen-Erfolg	nurückgenommen oder Vergleich	Zahl	mit Erfolg	ohne Erfolg	teilweisen Erfolg	nurückgenommen und Rente abgelehnt
Snappschaff	21	4	15	2	1	213	52	147	14	65
Steinbruch	4	2	2	—	—	5	1	2	2	1
Feinmechanik	3	—	—	3	—	8	3	5	—	2
Süddeutsche Eisen- und Stahl	14	3	10	1	—	29	10	17	2	9
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerk	—	—	—	—	—	23	3	18	2	11
Rheinisch-Westfälische Maschinen- u. Kleisen	15	4	11	—	—	23	8	14	1	4
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl	4	—	4	—	—	21	10	11	—	2
Nordöstliche Eisen- und Stahl	—	—	—	—	—	5	1	3	1	1
Schlesische Eisen- und Stahl	—	—	—	—	—	11	3	8	—	4
Nordwestliche Eisen- und Stahl	14	6	7	1	—	33	7	24	2	8
Süddeutsche Edels- und Uedelmetall	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—
Norddeutsche Metall	1	1	—	—	—	5	2	3	—	1
Musikinstrumenten-Industrie	4	2	1	1	—	2	1	1	—	—
Glas	3	—	3	—	—	5	1	4	—	1
Ziegelei	3	—	3	—	—	8	4	4	—	2
Chemische Industrie	2	1	1	—	—	14	6	8	—	4
Gas- und Wasserwerke	—	—	—	—	—	8	1	7	—	1
Leinen	2	—	2	—	—	1	—	1	—	—
Norddeutsche Textil	1	—	1	—	—	3	1	1	1	—
Schlesische Textil	—	—	—	—	—	2	—	2	—	—
Elß-Lothringische Textil	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Seiden	1	—	1	—	—	1	—	1	—	1
Papiermacher	3	2	—	1	—	9	6	3	—	2
Papierverarbeitung	3	2	1	—	—	4	—	4	—	4
Lederindustrie	1	—	1	—	1	2	1	—	1	—
Norddeutsche Holz	7	5	2	—	—	27	7	19	1	8
Südwestdeutsche Holz	3	—	3	—	—	2	—	2	—	1
Müllerei	5	2	1	2	—	7	3	4	—	3
Nahrungsmittel-Industrie	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
Zucker	4	1	3	—	—	1	—	1	—	—
Molkerei, Brennerei und Stärke-Industrie	—	—	—	—	—	2	2	—	—	—
Brauerei und Mälzerei	6	1	5	—	—	23	6	17	—	9
Bekleidungsindustrie	2	1	1	—	—	4	—	4	—	2
Hamburgische Baugewert	1	—	1	—	1	12	4	8	—	3
Nordöstliche Baugewert	5	2	2	1	—	21	7	13	1	4
Schlesisch-Posenische Baugewert	—	—	—	—	—	5	2	2	1	1
Hannoversche Baugewert	9	2	7	—	—	10	4	4	2	2
Magdeburgische Baugewert	1	—	1	—	—	9	3	5	1	4
Sächsische Baugewert	8	2	6	—	—	15	1	14	—	2
Thüringische Baugewert	—	—	—	—	—	2	—	2	—	2
Hessen-Nassauische Baugewert	2	1	1	—	1	7	1	4	2	2
Rheinisch-Westfälische Baugewert	1	1	—	—	—	13	2	11	—	5
Südwestliche Baugewert	1	—	—	1	—	1	—	1	—	1
Deutsche Buchdrucker	—	—	—	—	—	4	2	1	1	—
Straßen- und Kleinbahn	—	—	—	—	—	3	1	2	—	1
Lagererei	5	1	4	—	—	23	3	19	1	8
Fuhrwerk	1	—	1	—	—	3	1	1	1	1
Westdeutsche Binnen-Schiffahrt	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
Elb-Schiffahrt	1	—	1	—	—	8	1	6	1	1
Ostdeutsche Binnen-Schiffahrt	—	—	—	—	—	4	2	2	—	—
See	1	—	1	—	—	2	—	2	—	1
Tiefbau	5	—	4	1	—	20	10	10	—	2
Schmiede	3	—	3	—	—	2	1	1	—	—
Töpferei	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—
Privatbahn	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—
Landwirtschaftliche	3	2	1	—	—	22	5	14	3	2
Eisenbahn-Verwaltung	1	—	1	—	—	5	1	4	—	1
Zusammen	175	48	112	15	4	698	195	462	41	180

Natürlich verteilen sich die Termine nicht nach dem Durchschnitt, der etwas über 4 pro Tag beträgt, sondern sehr ungleichmäßig. An einigen Tagen waren vom Sekretariat 10-14 Termine wahrzunehmen. Die Zahl dieser Termine erreicht die Höchstzahl dessen, was ein Vertreter bewältigen kann. Bei kompliziert liegenden Streitfachen ist die Wahrnehmung einer so großen Zahl Termine überhaupt nicht möglich, weshalb künftig in solchen Tagen 2 Vertreter zur Wahrnehmung der Termine auf dem Reichsversicherungsamt anwesend sein müssen.

Durch die Arbeitersekretariate sind uns im Geschäftsjahr 536, von den Gewerkschaftskartellen 27, von den Gewerkschaften 91, von den Klägern 129, von befreundeten Personen 184 Streitfachen überwiesen. Im einzelnen verteilen sich die Aufträge wie folgt:

Arbeitersekretariat	Altenburg	6
"	Altona	7
"	Berlin	3
"	Bochum	29
"	Bremen	34
"	Bremerhaven	1
"	Breslau	7
"	Cassel	4
"	Cöln a. Rh.	11
"	Darmstadt	1
"	Dortmund	72
"	Düsseldorf	1
"	Essen	9
"	Frankfurt a. M.	38
"	Gelsenkirchen	32
"	Gera	5
"	Göppingen	1
"	Gotha	9
"	Halle	14
"	Hamburg	18
"	Hanau	2
"	Hannover	5
"	Harburg	2
"	Herlorn	19
"	Kattowitz	21
"	Kiel	6
"	Kronach	2
"	Leipzig	25
"	Lübeck	30
"	Magdeburg	11
"	Meißen	1
"	München	43
"	Neu-Ruppin	2
"	Oberhausen	59
"	Osnabrück	1
"	Pforzheim	1
"	St. Johann-Saarbrücken	1
"	Stettin	2
"	Stuttgart	1
"	Wolgast	1
Gewerkschaftskartelle		27
Gewerkschaften		91
Kläger		129
Anderen Personen		184
Gesamtzahl		968

In 176 Streitfachen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze mußte eine Vertretung abgelehnt werden, da die Ansprüche rechtlich unhaltbar waren. In den meisten Fällen ist die Ablehnung erst erfolgt nach Einsicht der Akten des Reichsversicherungsamts, so daß bei Beurteilung der Rechtslage kein Irrtum entstehen konnte. Die Zahl der Akteneinsichten belief sich auf 180. Es waren somit auch für die nicht-

vertretenen Streitfachen in vielen Fällen sehr umfangreiche Arbeiten nötig. Wir konnten uns aber in Fällen, wo die Aussichtslosigkeit einer Vertretung ganz offensichtlich vorhanden war, von dem Auftreten im Termin keinen Nutzen versprechen. Nicht selten handelt es sich bei der Ablehnung um zu spät eingelegten Rekurs oder Verkennung der Rechtslage. In der folgenden Tabelle sind die Streitfachen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze in 10 Gruppen geteilt und die Entscheidungen gegenübergestellt, je nachdem sie zugunsten oder ungunsten der Verletzten ausgefallen sind.

Die Streitfachen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes betrafen:

Gegenstand	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Verletzten			Rekurs zurück
		zugunsten	zugunsten	dabon Vertretung abgelehnt	
Anerkennung eines Betriebsunf.	105	41	64	21	2
Höhe der ersten Rentenfestsetzung	220	91	129	41	3
Herabsetzung der Rente	422	163	259	93	7
Antrag des Verletzten auf Erhöhung der Rente	43	14	29	12	—
Höhe des Jahresarbeitsverdienst.	9	5	4	2	1
Hilfslosenrente	5	4	1	—	—
Hinterbliebenen- u. Ascendentenrente	58	27	31	4	—
Unzulässiger Bescheid	1	1	—	—	—
Unzulässiger Rekurs	2	—	2	1	—
Verjährung, Wiederaufnahme d. Verfahrens, Wiedereinsetzen in den vorigen Stand	8	2	6	2	—
Summa	873	348	525	176	13

Es ist der Berechnung nicht die Zahl der Streitfachen, sondern die Zahl der Rekurse zugrunde gelegt. In einigen Fällen ist sowohl von der Berufsgenossenschaft wie dem Verletzten Rekurs eingelegt. Zugunsten der Verletzten sind natürlich die Zurückweisungen der Rekurse der Berufsgenossenschaften sowie die erfolgreichen und teilweise erfolgreichen Rekurse der Verletzten resp. Hinterbliebenen gerechnet. Danach ergibt sich, daß 348 Rekurse zugunsten der Verletzten resp. Hinterbliebenen ausgefallen sind. Zieht man von den 525 Rekursen die 189 nichtvertretenen und zurückgenommenen Rekurse ab, so sind von den 684 vor dem Reichsversicherungsamt mündlich vertretenen Rekursen 336 zugunsten der Verletzten resp. Hinterbliebenen ausgefallen. Prozentual ergäbe dies, daß 50,87 Proz. der Fälle zugunsten der Verletzten entschieden sind. Soweit die Verletzten mit ihren Ansprüchen obsiegten, ist in Summa auf 904,70 Mk. Kosten erkannt worden, die von den Berufsgenossenschaften zu erstatten waren. Da Kostenanträge für Vertretung seitens des Sekretariats nicht gestellt werden, handelt es sich hier um Kosten für das persönliche Erscheinen der Verletzten vor dem Schiedsgericht oder dem Reichsversicherungsamt, sowie um Kosten für ärztliche Gutachten, die vom Kläger beigebracht wurden, in einigen Fällen auch um Kosten für Schriftsätze, die von anderer Seite im Verfahren angefertigt wurden.

Die folgende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der Entscheidungen, verteilt auf die einzelnen Berufsgenossenschaften:

die Berufsgenossenschaften hatten solche Unter-
stützungen nicht gewährt.

Die Herabsetzung der Rente, die in überwiegen-
dem Maße das Streitobjekt zwischen den Berufs-
genossenschaften und den Verletzten bildet, erfolgte in
194 Fällen zum ersten, in 91 Fällen zum zweiten,
in 38 Fällen zum dritten und in 19 Fällen zum
vierten Mal.

Von den 669 Personen, die Unfallrentenanprüche
erhoben, hatten 70 bereits eine Armenunterstützung
erhalten.

In einigen Fällen wurde sehr bittere Klage er-
hoben über das späte Eingreifen der Berufsgenossen-
schaft, in der späteren Folge über die Verzögerung des
Verfahrens vor dem Schiedsgericht und dem Reichsver-
sicherungsamt, sodas nicht selten dies die Ursache
wurde, daß die Verletzten Armenunterstützung in An-
spruch nehmen mußten, bevor sie in den Genuß der
Rente kamen. Die 45 Fragebogen, welche Ansprüche
auf Abscedent- und Hinterbliebenenrente behandeln,
gaben zu einer besonderen Besprechung keinen Anlaß.

Bei den Invalidenrenten-Streitigkeiten handelt
es sich um 27 männliche und 10 weibliche Personen.
Von diesen befanden sich im Alter von 20—30 Jahren
5, im Alter von 31—40 Jahren 8, im Alter von
41—50 Jahren 6, im Alter von 51—60 Jahren 10,
im Alter von 61—70 Jahren 7, über 70 Jahre 1.

Vor Bewilligung der Invalidenrente war von
den Versicherungsanstalten in 9 Fällen ein Heilber-
fahren eingeleitet. Die Rentenansprucherhebenden
waren alle ohne regelmäßige Beschäftigung, die Mehr-
zahl ohne jeden Erwerb. Von Gemeindeverwaltungen
waren in 8 Fällen bereits Unterstützungen gewährt.

Wahlen der Beisitzer zu den unteren Verwaltungs- behörden und den Ausschüssen der Versicherungs- anstalten.

Wie bereits eingangs erwähnt, haben die Vor-
bereitungen zu den Wahlen der Beisitzer für die
unteren Verwaltungsbehörden erhebliche Arbeit ver-
ursacht. Es sind seitens des Sekretariats in 2 Cirku-
laren Anweisungen an alle Gewerkschaftskartelle er-
gangen über den Wahlmodus und die Agitation zu
den Wahlen. Ferner wurden die Wahlordnungen
der einzelnen Bundesstaaten den Kartellen zugänglich
gemacht. Im Anschluß daran waren zahlreiche An-
fragen zu beantworten. Es hat sich dabei ergeben,
daß ein großer Teil der Kartelle der schwierigen Auf-
gabe nicht gewachsen war. Das Verständnis für
diese, allerdings sehr komplizierten Wahlen ist leider
sehr gering. Von den Gewerkschaftskartellen hatten
sich bisher nur wenige um die Krankenkassen-Organis-
ationen und Verwaltungen gekümmert. Aus großen
Industriestädten mit einer fortgeschrittenen Arbeiter-
schaft ist uns die Antwort zugegangen, man stehe mit
den Verwaltungen der Kassen, im besonderen mit den
Vorständen in keiner Beziehung. Diese Einfluß-
losigkeit ist natürlich auf einen Mangel in der Tätig-
keit der Kartelle zurückzuführen, denn zu den Auf-
gaben der Kartelle gehört es, dahin zu wirken, daß
Leute in die Krankenkassenvorstände gewählt werden,
die mit der modernen Arbeiterbewegung im innigen
Connex stehen. Die Wahlen haben für die Arbeiter
eine große Bedeutung, da die Beisitzer zur unteren
Verwaltungsbehörde bei Beurteilung, ob eine In-
validenrente zu gewähren oder abzulehnen ist, mit-
wirken. Kurz dargestellt ist das die wichtigste Be-
fugnis. Sodann vollziehen die Beisitzer zur unteren
Verwaltungsbehörde die Wahlen zum Ausschuss der
Landesversicherungsanstalt, diese die Wahlen zum
Vorstand der Landesversicherungsanstalt sowie der

Beisitzer der Schiedsgerichte und schließlich die Bei-
sitzer der Schiedsgerichte die Wahl der Beisitzer zum
Reichsversicherungsamt. Gegenwärtig läßt sich noch
nicht überblicken, wie das Gesamtergebnis sich gestaltet
hat. Im einzelnen das Wahlsystem zu kritisieren,
würde hier zu weit führen, es mögen nur einige be-
sonders hervortretende Uebelstände hervorgehoben
werden.

Vielsach war es vollkommen unbekannt, wie sich
das Stimmenverhältnis im Bezirk der unteren Ver-
waltungsbehörde zwischen Krankentassen und Ge-
meindeverwaltung teilt. Diese beiden Gruppen sind
nach dem Gesetz die Wähler für die Beisitzer zur
unteren Verwaltungsbehörde. Ihre Stimmenzahl
gestaltet sich danach, in welchem Verhältnis die auf
Grund des Invalidenversicherungsgesetzes versicherten
Arbeiter sich verteilen auf die Krankentassen und die
nicht frankenversicherungspflichtigen Arbeiter. Für
die Nicht-Krankenversicherungspflichtigen gibt die Ge-
meindeverwaltung resp. der Landrat die Stimme ab,
während für die frankenversicherungspflichtigen Ar-
beiter der Vorstand der Krankenkasse die Wahl voll-
zieht. Welche Berechnung dabei zugrunde gelegt wird
über das Verhältnis der versicherungspflichtigen und
nichtversicherungspflichtigen Arbeiter erfährt in den
meisten Fällen kein Mensch, das ist Geheimnis der
Gemeindeverwaltung oder des Landrats. Das Er-
gebnis der Wahl wird in den meisten Fällen öffentlich
nicht bekannt gemacht. Nur der Gewählte erfährt
durch eine Bekanntgabe der Gemeindeverwaltung oder
des Landrats, daß er gewählt worden ist. Noch
schwieriger und umständlicher gestalten sich die Wahlen
zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt. Dieser
Ausschuss soll gewählt werden von den sämtlichen Bei-
sitzern zur unteren Verwaltungsbehörde im Bezirk der
Versicherungsanstalt. Eine Anzahl Versicherungs-
anstalten in Preußen machten den Versuch, die alten
Beisitzer, deren Mandat mit dem 31. Dezember 1904
abließ, zu Wählern für den neuen Ausschuss, der fünf
Jahre amtiert, heranzuziehen. Noch kurz vor der
Ausführung dieses Vorhabens wurde unsererseits eine
Beschwerde an den preußischen Handelsminister gegen
dieses Verfahren eingelegt und mittlerweile erschien
auch im Ministerialverordnungsblatt eine Bekannt-
gabe, daß die Wahl des Ausschusses von den neu-
gewählten Beisitzern zur unteren Verwaltungsbehörde
vollzogen werden mußte. In der Versicherungsanstalt
Rheinprovinz und Hessen-Nassau waren die Wahlen
schon vollzogen und mußte deshalb eine Neuwahl vor-
genommen werden. Soweit uns bekannt, hat die Ver-
sicherungsanstalt Thüringen die Wahl des Ausschusses
durch die alten Beisitzer zur unteren Verwaltungs-
behörde vollziehen lassen. Damit waren jedoch die
Schwierigkeiten noch nicht erschöpft, die Versicherungs-
anstalten haben in der Regel ihren Bezirk in mehrere
Wahlbezirke eingeteilt, und zwar in der Regel nach
der Zahl der zu wählenden Ausschussmitglieder. Ueber
diese Bezirkseinteilung wird in einer gelese-
nen Zeitung nichts bekannt gemacht. Die erste Ein-
teilung dieser Bezirke ist im Jahre 1899 bei der ersten
Wahl erfolgt und wer darüber sich Kenntnis ver-
schaffen will, muß das Amtsblatt des Regierungs-
präsidenten aus dem Jahre 1899 nach diesem Erlaß
durchsuchen. Da es in vielen Fällen den beteiligten
Personen nicht möglich war, diese Information her-
beizuschaffen und auch unsererseits der Anforderung,
für die 31 Versicherungsanstalten die Wahlbezirks-
einteilungen zu beschaffen, unmöglich entsprochen
werden konnte, so ist ein ungünstiger Wahlausgang
vielsach auf diese unüberwindlichen Schwierigkeiten

In der schematischen Gegenüberstellung lassen sich natürlich die Entscheidungen ihrer Bedeutung nach nicht bewerten. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente oder die Anerkennung eines Betriebsunfalles und des ursächlichen Zusammenhangs der Erkrankung mit dem Unfall eine weit höhere Bedeutung hat, als Rentenstreitigkeiten um 10 oder 15 Prozent.

Invalidenrenten-Streitigkeiten

gingen wiederum verhältnismäßig wenig ein. Es waren im ganzen 35, dazu 5 unerledigte aus dem Jahre 1903. Erledigt sind 37. Entscheidungen über Invalidenrenten-Streitigkeiten.

Zahl der Fälle	Revision der Versicherungsanstalt hatte zur Folge				
	Zurückweisung der Revision	Stattgeben der Revision	Zurückverweisung a. d. Schiedsgericht		
13	6	1	6		

Zahl der Fälle	Revision der Versicherten hatte zur Folge				
	Zurückweisung der Revision	Stattgeben der Revision	Zurückverweisung an das Schiedsgericht	Berrettung wurde abgelehnt	Revision zurückgenommen
24	12	3	9	2	2

Nach vorstehender Tabelle hatten die Versicherten in 9 Fällen einen Erfolg ihres Rechtsmittels zu verzeichnen. Einen teilweisen Erfolg brachte die Revision für die Versicherten insofern, als in 9 Fällen die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Schiedsgericht zurückverwiesen wurde. Die Zurückverweisung an das Schiedsgericht auf die Revision der Versicherungsanstalt in 6 Fällen, bedeutet für die Versicherten auch keine Ablehnung ihrer Ansprüche, die neue Entscheidung des Schiedsgerichts kann für sie wiederum günstig sein. Damit sind von den zur Entscheidung gelangten Sachen nur 13 zuungunsten der Versicherten entschieden, bringt man davon die vier Revisionen, die zurückgenommen oder nicht vertreten wurden, in Abzug, so bleiben von den in der mündlichen Verhandlung vertretenen Sachen neun als für die Versicherten ungünstig entschieden. Bemerkenswert sei, daß in einer Beschwerdefache über Beitragserstattung unserer Beschwerde stattgegeben wurde. Ansprüche auf Altersrente sind auch in diesem Jahre nicht zur Vertretung an uns gelangt.

Die Fragebogen, die wir für unsere Zusammenstellung benützen können, umfassen 751 erledigte Sachen. Diese 751 Kläger gehörten folgenden Organisationen an:

Verband der Bauarbeiter	13
Verband der Bergarbeiter	211
Verband der Bäcker	1
Centralverein deutscher Döttcher	3
Centralverband der Brauereiarbeiter	15
Deutscher Buchbinderverband	1
Verband deutscher Buchdrucker	1
Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen	1
Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter	53
Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter	3

Nr.

Verband der Hafenarbeiter	16
Verband der Handschuhmacher	1
Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter	11
Verband der Glasarbeiter	4
Verband der Holzarbeiter	38
Verband der Lederarbeiter	1
Verein der Lithographen und Stein drucker	1
Vereinigung der Maler	4
Verband der Maschinisten und Heizer	10
Verband der Mühlenarbeiter	5
Centralverband der Maurer	34
Deutscher Metallarbeiterverband	88
Verband der Sattler	1
Vereinigung der Schmiede	8
Verein deutscher Schuhmacher	3
Seemannsverband in Deutschland	2
Verband der Steinarbeiter	1
Verband der Stoffateure	1
Verband der Schneider	1
Verband der Tapezierer	1
Deutscher Tabatarbeiterverband	1
Verband der Textilarbeiter	8
Verband der Töpfer	2
Verstarbeiterverband	4
Verband der Zimmerer	18
Unorganisierte	185
Summa	751

Die Vertretung der unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen geschah in der Regel auf Empfehlung der Arbeitersekretariate oder von sonst befreundeter Seite. Soweit es sich um ländliche Arbeiter handelte oder um Invaliden, die eine Arbeitsfähigkeit nicht mehr besaßen, konnten wir strenge Anforderungen bezüglich der Organisation nicht stellen.

Nach den 669 vorhandenen Fragebogen der Rentenbewerber, die eine Unfallrente beanspruchten, waren 556 verheiratet und 113 unverheiratet; 654 männlichen und 15 weiblichen Geschlechts. Davon waren im Alter unter 20 Jahren 22, im Alter von 20—30 Jahren 160, im Alter von 31—40 Jahren 241, im Alter von 41—50 Jahren 147, im Alter von 51—60 Jahren 73 und über 61 Jahren 26.

Auf unsere Frage, ob der Verletzte seinen ehemaligen Beruf wieder ausüben kann, antworteten 455 mit nein, 195 mit ja und 19 gaben an, daß sie teilweise den alten Beruf wieder ausüben können. Es ergibt sich somit, daß durch Unfall eine prozentual sehr hochstehende Zahl von Arbeitern gezwungen ist, den Beruf zu wechseln. Berücksichtigt man, daß von den Arbeitern, die unter Unfallschäden zu leiden haben, nach unserer Statistik rund 72 Proz. über 30 Jahre und 36 Proz. über 40 Jahre alt sind, so kann man ermes sen, wie schwer es diesen Arbeitern wird, in einen anderen Beruf überzugehen, um den Rest der ihnen verbliebenen Erwerbsfähigkeit auszunutzen. Es ist deshalb auch eine ständige Klage der Verletzten, daß sie die ihnen verbliebene Arbeitsfähigkeit nicht ausnützen können. Aus unserer Statistik ergibt sich weiter, daß infolge des Unfalles 408 Arbeiter in dem alten Betriebe nicht mehr Beschäftigung fanden und nur in 238 Fällen die Arbeit wieder in dem ehemaligen Betriebe aufgenommen werden konnte, wenn auch zum Teil in einer anderen untergeordneten Stellung. In 23 Fällen waren die Verletzten noch ohne Arbeit. Von den Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze, daß bei unerschuldeter Arbeitslosigkeit die Berufsgenossenschaft die Rente höher bemessen kann, war in keinem Fall Gebrauch gemacht worden;

Selbst wenn man, wie zuletzt üblich, die normale Förderung etwa 20 Proz. niedriger als das Kontingent ansetzt, bleibt das entstandene Defizit enorm. Auch über die Inanspruchnahme der Lager vorräte läßt sich aus dem Vorstandsbericht einiges schließen. Abgesehen vom Selbstverbrauch der Zechen und Hüttenwerke betrug der Absatz 26 970 310 Doppelzentner, nämlich: für Versand auf Rechnung des Syndikats 15 104 640 Doppelzentner, für den Selbstverbrauch der Kokereien 10 047 070 Doppelzentner, für den Landdebit auf Rechnung der Zechen und für Deputatkohlen 1 356 060 Doppelzentner, dazu einige kleinere Liefermengen auf Grund alter Verträge. Jedoch, hierzu kommen weiter die „privilegierten“ Mengen: als Verbrauch für die eigenen Betriebszwecke der Zechen 2 676 790 Doppelzentner und als Selbstverbrauch für eigene Hüttenwerke 3 654 990 Doppelzentner. Somit gelangen wir auf einen Kohlenabfluß von 33 302 090 Doppelzentner, gegenüber einem Förder-Zufluß von, wie erwähnt, 28 157 730 Doppelzentner — also auf eine Verminderung der Zechenvorräte um 5 144 360 Doppelzentner bis Ende Januar.

Die Erklärung der Streikbeendigung erfolgte am 9. Februar seitens der Essener Delegiertenkonferenz. Der Vollbetrieb der Gruben wurde selbstverständlich erst allmählich wieder möglich. Darüber liegt noch keine Statistik vor. Aber aus der Transportstatistik für den Essener Eisenbahndirektionsbezirk vermögen wir den rapiden Umschwung zu erkennen. Durchschnittlich beanspruchten die Kohlentransporte vor dem Streik täglich 18 000 bis 19 000 Wagen. Der tiefste Stand während des Streiks war dann mit 3071 Wagen erreicht. Darauf wurden am

6. Februar	3674	Wagen gefordert und gestellt
7. "	3657	" " " "
8. "	3600	" " " "
9. "	3806	" " " "
10. "	4269	" " " "
11. "	7397	" " " "
13. "	9865	" " " "
14. "	13885	" " " "
15. "	15265	gefordert, davon fehlten 1210 Wagen
16. "	17499	" " " 2523 "
17. "	19091	" " " 2769 "
18. "	19790	" " " 2301 "
20. "	19118	Wagen gefordert und gestellt.

Am 24. Februar betrug die Wagenstellung der Essener Eisenbahndirektion 20 084 Wagen, so daß die Transportbeschwerde nach dieser Seite als beiseitigt gelten konnte: viele der Wagen waren nach Belgien und Holland, auch nach anderen Liefergebieten abgelenkt worden, so daß sie erst allmählich wieder dem Ruhrrevier zur Verfügung standen, in dem das Leermaterial zeitweise von 45 000 auf 14 700 Wagen zurückgegangen war.

Für einen Teil der Rheinschiffahrt bot die Zufuhr englischer Kohlen einen Ersatz für den störenden Transport von Ruhrkohlen. Am Rhein, in den Ruhrhäfen vollzog sich während des Streiks ein großer Umschlagsverkehr von den Schiffen auf die Waggons. Hier hat naturgemäß die umgekehrte Bewegung sofort mit der Wiederaufnahme der Arbeit von neuem begonnen, zunächst freilich fast nur zum Vorteil der großen Rheder- und Kohlenfirmen, deren schwimmendes Transportmaterial sich seit Wochen angesammelt hatte und nun in erster Linie die Kohlenverfrachtungen übernimmt. Doch dürfte das mit der Eröffnung der Schifffahrt nach Lauterburg, Aehl und Straßburg, bei genügendem Fahr-

wasser auf der oberrheinischen Strecke, rasch anders werden. Ueberall sind in den verschiedenen Hafengebieten die Magazinbestände zusammengeschrumpft, so daß die Nachfrage noch lange eine außerordentliche bleiben wird.

Die Lagermengen in allen wichtigen Verbrauchs- und Handelszentren in Zukunft noch zu verstärken, scheint das Syndikat entschlossen. Man will offenbar bei späteren Streiks weniger fremde, ausländische Kohle in die eigenen Absatzgebiete eindringen lassen. In erster Linie wird an ein ausgedehntes Kohlenlager im Siegerlande gedacht, um die dortige Eisenindustrie ohne Schwierigkeiten weiter versorgen zu können. Die in verschiedenen Distrikten geplanten Aufbereitungsanstalten und Briquetfabriken sind gleichzeitig als Stützpunkte für die Absatzerweiterung als Reserverdepots für Zeiten der Störung gedacht. In Berlin ist ein großes Grundstück aufgekauft, um Anthrazitkohlen weiter zu verarbeiten, die per Eisenbahn nach Hamburg und dann per Dampfer weiter nach der Reichshauptstadt gebracht werden sollen. In Emden soll schon im Laufe dieses Jahres eine große Briquetfabrik in Betrieb genommen werden: um die schwer absehbaren Feinkohlen zu Briquets zu formen, teils zum Export, teils zur Verwendung auf Dampfern.

Ueber seine Preispolitik scheint sich das Syndikat noch nicht recht schlüssig. Es heißt zwar, es werde die Winterpreise für die im Landdebit abgesetzten Kohlen für das Sommerhalbjahr beibehalten, während sonst der April jedesmal eine Ermäßigung brachte. Doch davon werden die Profite nicht sehr. Ferner kam man am 16. Februar überein, nur halbjährige Verkäufe abzuschließen und, für den Fall, daß seitens der Abnehmer durchaus Jahresabschlüsse verlangt würden, pro Tonne 50 Pf. Preiszuschlag zu beanspruchen. Auch das läuft zunächst nur darauf hinaus, sich für die Zukunft möglichst die Hände frei zu halten und die wirkliche Entscheidung auf später zu vertagen. Aber in verdächtiger Weise werden immer von neuem die Vorwände für eine allseitige, umfassende Preistreiberie eröffnet: die preussische Gesetzgebung gegen das Stilllegen von Zechen und für Erweiterung des Arbeiterschutzes. Nun hat aber der Arbeiterschutz noch nicht einmal die Form eines, für die Veröffentlichung fertigen Entwurfes angenommen. Das Stilllegen der Zechen will die Regierung nur verhindern können, wenn der Weiterbetrieb noch „Gewinn verspricht“ — offenbar doch: noch Gewinn bei den gegebenen, nicht gesteigerten Kohlenpreisen verspricht. Wozu also die Heuchelei? Freilich, der Dortmunder Oberbergamtsbezirk produzierte 1904 fast 675 Millionen Doppelzentner Steinkohlen, eine Preiserhöhung um 50 Pf. pro Tonne (10 Doppelzentner) brächte also einige dreißig Millionen Mark Mehreinnahme! — Die Börsenkurse, die wir in der letzten Rundschau für den 11. Februar bezeichneten, waren übrigens am 25. Februar fast alle etwas niedriger, die meisten sogar niedriger, wie vor Beginn des Streiks — ein Anzeichen dafür, daß man an das Gelingen und die Wahrscheinlichkeit einer neuen Wucherpolitik nicht recht glaubt.

Dem herrschenden Optimismus ist am 25. Februar gewissermaßen die offizielle Bekräftigung zuteil geworden: die zeitweise etwas ängstlich gewordene Deutsche Reichsbank hat ihren Diskont von 3½ auf 3 Proz. ermäßigt, nachdem schon am 14. Februar

zurückzuführen. Die Wahl trug auch kein einheitliches Gepräge. In einigen Fällen wurden die Mitglieder der unteren Verwaltungsbehörde nach einem Ort gemeinsam berufen, um dort die Wahl vorzunehmen, während in anderen Bezirken wiederum die Abstimmung ohne jegliche Zusammenberufung sich vollzog. Um alle diese Schwierigkeiten überwinden zu können, wird es bei der nächsten Wahl einer sachgemäheren Organisation im Bezirke der einzelnen Versicherungsanstalt bedürfen und vor allen Dingen mehr Aufmerksamkeit und Fühlung seitens der Kartelle mit den Krankenkassenverwaltungen. Der Ausschuss hat nun fernerhin die Wahl zu den Schiedsgerichtsmitgliedern zu vollziehen. Auch da entsteht wiederum die Streitfrage, ob die alten Ausschussmitglieder oder die neu gewählten die Wahl zu vollziehen haben. Die Regelung hierüber ist gleichfalls eine ganz willkürliche. Einige Versicherungsanstalten haben auch hier wieder durch die alten Ausschussmitglieder die Wahl vornehmen lassen und die neuen ausgeschaltet. Wir haben in den Fällen angeregt, Beschwerde einzulegen, wie weit diesen Beschwerden stattgegeben wird, müssen wir abwarten. Es hat sich ergeben, daß hier ein so kompliziertes und unverständliches Wahlverfahren vorliegt, daß dringend eine Aenderung erwünscht wäre. In vielen Bezirken ist von einem Einfluß der Arbeiterschaft gar nicht zu reden.

Da, wo die Krankenkassen in der Minorität sind, bestimmen die Behörden die Arbeitervertretung, und in den großen Städten wie Hamburg, wo die freien Hilfskassen dominieren, ein Wahlrecht aber nicht besitzen, oder in Nürnberg, wo es eine Ortskrankenkasse der Arbeiter überhaupt nicht gibt, ist jeder Einfluß der Arbeiterschaft lahm gelegt und von einer Arbeitervertretung, die von Arbeitern gewählt wird, überhaupt nicht zu reden.

Ueber das Endergebnis der Wahlen werden wir später berichten.

Das Verhältnis des Sekretariats zum Reichsversicherungsamt ist nach wie vor durchaus zufriedenstellend.

Die Inanspruchnahme des Sekretariats ist fortgesetzt im Steigen begriffen, damit auch die zu erledigenden Arbeiten, sodaß die vorhandenen Arbeitskräfte zur ordnungsmäßigen Erledigung der Arbeit nicht mehr ausreichen. Die Streitfragen, die uns zur Vertretung übermittelt werden, sind selten in ausreichender Weise vorbereitet und schriftlich begründet; selbst auf eine große Zahl der von Sekretariaten bearbeiteten Sachen trifft dies zu. Daraus erklärt sich die ausgedehnte Correspondenz, die wir zu führen haben, um ausreichende Information zu erlangen. Es sei deshalb zum Schlusse wiederum ausdrücklich betont: Seine Aufgabe, den Versicherten ergiebigen Rechtsschutz zu gewähren, kann das Sekretariat nur erfüllen, wenn es rechtzeitig — nicht erst ein paar Tage vor Stattfinden des Termins — ein möglichst vollständiges Aktenmaterial und Information erhält.

Das Central-Arbeiterssekretariat.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutsche Kohlenstatistik für Januar: Einfuhr, Ausfuhr, Produktion. — Der Syndikatsbericht. — Transportstatistik des Essener Eisenbahnbezirks, die Kohlen-schiffahrt. — Vermehrte Zukunftsflager. — Diskontermäßigungen.

Die gewaltige Wirkung des großen Bergarbeiterstreiks tritt in immer neuen Tatsachen zutage.

Das Statistische Amt des Reiches veröffentlicht soeben die Januar-nachweise für den auswärtigen

Handel des deutschen Zollgebietes. Danach stand die Brennstoffeinfuhr (die Einfuhr der sich gegenseitig vielfach ersetzenden Steinkohlen, Braunkohlen, Koks, Torf und Preßkohlen) um etwa 4 Mill. Doppelzentner, das heißt um über 40 Proz. höher wie im gleichen Monat der Vorjahre 1904 und 1903. Als Einfuhr werden nämlich verzeichnet:

	Doppelzentner gleich 100 Kilo	Also diesmal mehr Doppelzentner
im Januar 1905	13 589 112	—
" " 1904	9 719 073	3 870 039
" " 1903	9 560 273	4 028 839

Bei den Steinkohlen allein ergibt sich gegen das Vorjahr eine Mehreinfuhr von 1,93 Millionen Doppelzentner, wozu in erster Linie Belgien und England, beide mit etwa gleichen Mehrlieferungen, beitragen. Bei den Braunkohlen stellt sich das Mehr auf 1,53 Mill. Doppelzentner, die vollständig der österreichisch-ungarischen Produktion zugute kamen.

Dagegen ist die Ausfuhr im Januar beträchtlich gesunken. Für die Gesamtheit der Brennstoffe wird sie angegeben:

	Doppelzentner	also diesmal weniger Doppelzentner
im Januar 1905	16 015 653	—
" " 1904	18 682 339	2 666 686
" " 1903	19 315 416	3 299 763

Dieser Absturz vollzieht sich fast ausschließlich bei den Steinkohlen, nur in viel geringerem Maße bei den Koks und Preßkohlen. Es entspricht weiter ganz den Erwartungen, daß vor allem die Ausfuhr nach (bezw. über) Belgien und Holland stochte.

Die deutsche Januarproduktion wird in den „Nachrichten“ des Reichsamtes des Innern vom 20. Februar detaillierter mitgeteilt. Danach produzierte Preußen:

	Steinkohlen Doppelzentner	Braunkohlen Doppelzentner
im Januar 1905	68 799 310	37 694 560
" " 1904	92 880 650	35 052 370
ganß Deutschland:		
im Januar 1905	75 909 800	44 629 980
" " 1904	99 697 680	41 528 580

Den Steinkohlenausfall Preußens (über 24 Mill. Doppelzentner) hat also die Steinkohlen-Mehrausbeute im übrigen Deutschland nur um einen geringen Betrag (um circa ¼ Mill. Doppelzentner) vermindern können. Eher fallen hier als Ersatz die über 3 Mill. Doppelzentner der deutschen Braunkohlen-Mehrgewinnung, zu denen Preußen selber das meiste lieferte, ins Gewicht.

Leider läßt uns unsere Quelle über die Verschiebungen innerhalb der preußischen Steinkohlenproduktion im Stiche. Nur die eine, bezeichnende Tatsache können wir hieraus entnehmen: der Oberbergamtsbezirk Breslau (mit 28,19 Mill. Doppelzentner Steinkohlen) stand im Januar über dem so maßgebenden Dortmunder Bezirk (mit 27,68 Mill. Doppelzentner Steinkohlen). Zur weiteren Orientierung dürfen wir aber die (von der Dortmunder Bergamtsstatistik nur wenig abweichenden) Ziffern des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats heranziehen. In der Bechenbestimmungsversammlung am 16. Februar stellte der Vorstandsbereich eine Januarförderung von 28 157 730 Doppelzentner fest, gegenüber einer rechnerischen Beteiligungsziffer von 63 597 400 Doppelzentner.